

Deutschlands Schicksal im Rückblick auf 1866

An die Geschichte verweise ich euch. Forscht in ihrem belehrenden Zusammenhang nach ähnlichen Zeitpunkten und lernt den Zauberstab der Analogie gebrauchen.

Novalis: Die Christenheit oder Europa.

Vv er durch eine Landschaft reist, die einem Hochgebirge vorgelagert ist, wird immer wieder davon überrascht, wie verschieden sich einzelne Gipfel und Formationen darbieten, wenn sich der eigene Blickpunkt und Standort verschoben haben. Nicht anders ergeht es uns mit geschichtlichen Ereignissen zu verschiedenen Zeitpunkten unseres Lebens. Als wir in den zwanziger Jahren zur Schule gingen, bedeutete uns das Jahr 1866 nicht viel. Wir lernten die Daten wie andere auch und bekamen die Ereignisse, die zu *Königgrätz* und weiter zur *Reichsgründung* führten, aus der preußischen Perspektive dargestellt. Kein Lehrer eines deutschen Gymnasiums wäre damals wohl auf den Gedanken gekommen, den verlorenen ersten Weltkrieg, dessen Folgen wir noch deutlich verspürten, in einen ursächlichen Zusammenhang mit *Bismarcks kleindeutscher Politik* zu bringen. Heute aber stehen wir, wie ein Blick auf Literatur und Publizistik beweisen, förmlich im Bann dieses hundertjährigen — man scheut sich zu schreiben: Jubiläums, da doch zum Jubel gewiß kein Grund besteht.

Es mag sein, daß die magische Wirkung der hundert Jahre uns dazu bestimmt, die Bedeutung von 1866 ein wenig zu übertreiben, aber wir dürften damit der geschichtlichen

Wahrheit doch sehr viel näher sein als mit der beiläufigen Einstellung, die wir vor einem Menschenalter und mehr zu jenen Ereignissen hatten. Damals erschien uns das Reich, das Bismarck gegründet hatte, trotz den Ereignissen der Jahre 1914/1918 noch so selbstverständlich, daß wir den Anfang der neuesten deutschen Geschichte auf jenen 18. Januar 1871 datierten, an dem das Reich im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles aus der Taufe gehoben wurde. Heute, da das Reich untergegangen ist, müssen wir etwas weiter zurückgehen, und da bietet sich der 3. Juli 1866 an, als auf dem Schlachtfeld von Königgrätz Österreich aus Deutschland hinausgedrängt und die Einheit Deutschlands um den Preis seiner Spaltung begründet wurde.

II

Nachdem ich den Eindruck erhalten hatte, daß die gegenseitige Anlehnung von Preußen und Österreich ein Jugendtraum war, entstanden durch Nachwirkung der Freiheitskriege und der Schule; nachdem ich mich überzeugt hatte, daß das Österreich, mit dem ich bis dahin gerechnet hatte, für Preußen nicht existierte, gewann ich die Überzeugung, daß auf der Basis der bundestäglichen Autorität nicht einmal die vormärzliche Stellung Preußens im Bund zurückzugewinnen, geschweige denn eine Reform der Bundesverfassung möglich sein werde, durch die das deutsche Volk der Verwirklichung seines Anspruchs auf völkerrechtliche Existenz als eine der großen europäischen Nationen Aussicht erhalten hätte."

So steht es in den „Gedanken und Erinnerungen“ zu lesen, die der alte Bismarck in den Jahren nach seiner Entlassung aus dem Kanzleramt in Friedrichsruh verfaßt hat. Das liest sich zwar sehr schön, aber so national-deutsch, wie es dem alten Reichskanzler aus der Feder floß, stellte es sich weder in den fünfziger Jahren dem preußischen Bundestagsgesandten noch etliche Jahre später dem Ministerpräsidenten des Königs von Preußen dar. Die treibende Kraft bei Bismarck war mindestens bis zur vollzogenen Reichsgründung nicht deutsches Nationalgefühl, sondern preußische Machtpolitik gewesen. Man braucht darin keinen Vorwurf zu sehen. Bismarck war schließlich kein liberaler Schwabe, sondern war als konservativer Junker aus der Mark Brandenburg in die Politik gekommen. Er fühlte sich zeitlebens als treuer Diener seines Königs, wie es auch auf seinem Grabe verzeichnet steht. Fragwürdig wird Bismarck nicht, solange er preußische Politik macht, sondern wenn er, um dieser Politik ein Mäntelchen umzuhängen, für das deutsche Volk einen Anspruch erfindet, eben den von ihm erwähnten „Anspruch auf völkerrechtliche Existenz als eine der großen europäischen Nationen“.

Worauf hätte Bismarck diesen Anspruch gründen wollen? Die Deutschen waren zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte in dem gleichen Sinne eine Nation gewesen wie etwa die Engländer, die Franzosen oder die Spanier. Sie hatten einen anderen geschichtlichen Auftrag gehabt und hatten diesem Auftrag im Rahmen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation fast ein Jahrtausend lang mehr oder minder gut genügt. Sie hatten ihre große historische Epoche im Mittelalter gehabt und hatten daher keinerlei Grund, sich vom Schicksal benachteiligt zu fühlen oder gar nach einem „Platz an der Sonne“ zu streben, wie ihn Reichskanzler *von Bismarck* noch wenige Monate vor dem Tode des Reichsgründers fordern sollte. Unter historischem Aspekt war die Errichtung eines deutschen Nationalstaates ebenso unbegründet und verfehlt wie sechzig Jahre vorher *Napoleons* Versuch, von Frankreich aus ein neues europäisches Kaisertum zu schaffen.

III

Merkwürdigerweise hat Bismarck selber niemals von ganzem Herzen an das von ihm geschaffene Reich geglaubt. Er trieb Österreich aus dem Deutschen Bund hinaus, weil anders er sich dessen kleinere Mitglieder nicht gefügig machen konnte. Nachdem er aber

dieses Ziel erreicht hatte, wurde er der Gefangene seiner eigenen Politik. Schon neun Monate nach Königgrätz sagte Bismarck im Reichstag des Norddeutschen Bundes: „Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können!“ Aus dem Satz klingt gewiß auch Zuversicht, zugleich aber eine gewisse Wurstigkeit, die einem Staatsmann schlecht ansteht, der bei anderer Gelegenheit gesagt hat: „Ich kann versichern: Die Politik ist keine Wissenschaft, die man lernen kann. Sie ist eine Kunst, und wer sie nicht kann, der bleibt besser davon!“ Es zeugt nicht von besonderer Kunstfertigkeit zu sagen: „... reiten wird es schon können.“

Es konnte das nämlich tatsächlich nicht, zum mindesten von dem Augenblick an nicht mehr, als sein Reitlehrer in den Ruhestand trat. Aber es ist nicht einmal richtig, die Fehlentwicklung der deutschen Politik erst seit Bismarcks Abgang zu datieren. Schon vorher war vieles geschehen, was dem Reichsgründer selber nicht behagte, und dieses Unbehagen wurde schließlich so stark, daß er kurz vor seiner Entlassung einmal zum jungen Kaiser sagte: „Mit dem Deutschen Reich ist es so so lala. Sehen Sie nur, Preußen stark zu machen. Es ist egal, was aus dem anderen wird.“

Damit verabschiedete sich Bismarck gleichsam von seinen Nachfolgern und Erben, denen es nun überlassen blieb, Deutschlands schwierigen Weg durch die Geschichte fortzusetzen. So schwierig fanden das allerdings die Erben zunächst nicht, zumal der Kaiser überschätzte eher seine Kräfte als die Schwierigkeiten, die es zu bewältigen galt. Diese waren jedoch beträchtlich. Bismarck hatte zwar den deutschen Nationalstaat inmitten Europas geschaffen, aber er hatte diesem Staat keine Aufgabe gestellt. Seine eigene Politik hatte vornehmlich darin bestanden, die Gefahren, die dem neuen Staat durch sein bloßes Auftreten erwachsen, zu neutralisieren. Nur widerwillig war er bereit gewesen, denjenigen Deutschen, die — dem Drang des imperialistischen Zeitalters gehorchend — Besitzungen in Übersee erworben hatten, den Schutz des Reiches angedeihen zu lassen. Bismarck sah oder ahnte wenigstens, in welche Verwicklungen diese Ausweitung der deutschen Bestrebungen und Verpflichtungen den weltpolitisch unerfahrenen jungen Staat stürzen mußten. Anders der Kaiser, der einerseits mit seiner Flotte prahlte: „England kommt uns nicht trotz, sondern wegen meiner kaiserlichen Marine!“ — und andererseits cäsarischem Größenwahn verfiel: „Die Aufgaben, die das alte Römische Reich Deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Das Mittel, das ihm das ermöglicht, ist unser Heer.“

Man mag das wohl als Großmannssucht oder Ausgleich eines persönlichen Minderwertigkeitskomplexes erklären, aber solche Auffassungen beschränkten sich nicht auf den Kaiser. Sie waren Allgemeingut der überwiegenden Mehrheit der damaligen deutschen Oberschicht, mochten viele sich auch weniger provozierend ausdrücken. Die Großmannssucht aber war wiederum nur ein Symptom dafür, daß es keine durchdachte, an der Wirklichkeit gemessene und korrigierte Auffassung über die politischen Möglichkeiten und Aufgaben des Deutschen Reiches gab.

IV

Dieser Mangel hat mehr als alles andere zur Entstehung des ersten Weltkrieges beigetragen. Man mag ihn Bismarcks Nachfolgern als Versäumnis anrechnen, aber das ist doch bestenfalls ein Teil der Wahrheit. Des Übels Wurzel reicht weiter zurück. Bismarck selber ist sich über die Folgen seines Tuns von 1866 nicht klargewesen. An diesem Punkt rächt sich eine Eigentümlichkeit seiner Natur, die auf den ersten Blick als Vorteil erscheint. Der erste Reichskanzler war ein Mensch eher des 18. als des 19. Jahrhunderts. Deshalb war ihm Nationalismus fremd, aber deshalb konnte er auch die Sprengwirkung, die der Nationalismus besaß, gar nicht ermessen. Ferner war er kein Imperialist, sondern

dachte in den Kategorien der kontinentaleuropäischen Kabinettspolitik, deren Zeitalter eigentlich mit dem Wiener Kongreß zu Ende gegangen war.

Es gibt hierzu eine Äußerung *Paul Rohrbachs*, der, zwei Jahre vor der Reichsgründung geboren, ein echtes Kind des imperialistischen Zeitalters war. In seinen 1953 erschienenen Memoiren schreibt er über die Gesellschaftsschicht, der auch Bismarck angehört hatte und die viele maßgebliche Männer der wilhelminischen Ära stellte: „Dem preußischen Junker war, bei aller Tüchtigkeit in seiner Sphäre, nichts fremder als Ideenpolitik, wie sie zu einer fruchtbaren deutschen Weltpolitik gehört hätte. Auf der anderen Seite hatte unser schneller wirtschaftlicher Aufschwung seit der Reichsgründung eine oft peinlich wirkende Überbewertung materieller Erfolge erzeugt, einen Materialismus, der mit der zunehmenden Wohlhabenheit immer weitere Kreise erfaßte.“

Interpretiert man dieses Urteil richtig, so bedeutet es folgendes: Das Deutsche Reich war dank seiner Volkszahl und seiner wirtschaftlichen Kraft nach damaligen Begriffen eine Großmacht ersten Ranges. Es besaß jedoch keine Führungsschicht, die soviel Weitblick und politische Erfahrung besaß, daß sie eine diesem Rang des Reiches angemessene Politik treiben konnte. Nationalismus und Imperialismus waren die beiden stärksten politischen Triebkräfte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der neugeschaffene deutsche Nationalstaat geriet in den Strudel des Imperialismus, ehe er noch Zeit gehabt hatte, als nationale Einheit festen Boden unter die Füße zu bekommen.

So mußte allein aus dem Vorhandensein eines wirtschaftlich starken und militärisch hochgerüsteten deutschen Nationalstaates in Mitteleuropa eine immer gefährlicher werdende Situation entstehen, mit der möglicherweise auch tüchtigere Staatsmänner als Bülow und *Bethmann Hollweg* nicht fertig geworden wären. Es hätte gar nicht noch solcher Scharfmacher wie des Admirals *Tirpitz* bedurft, der in seinen Memoiren schreiben sollte: „Wir waren uns beim Einbringen des Flottengesetzes von 1900 vollkommen darüber klar, daß durch sie zunächst die Spannung vergrößert würde.“ Sie wurde nicht nur „zunächst“ vergrößert, sondern die deutsche Flottenpolitik hat in hohem Maße zur Entstehung des ersten Weltkrieges beigetragen und hat jedenfalls bewiesen, daß Bismarcks optimistische Voraussage falsch gewesen war: Deutschland konnte nicht reiten.

V

Nicht als ob das deutsche Bürgertum aus dieser Erfahrung gelernt hätte. Nach 1919 hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, das Deutsche Reich in der Form einer Republik zu einem friedfertigen Mitglied der europäischen Staatengesellschaft zu machen. Aber das Bürgertum wollte weder die Ursachen der erlittenen Niederlage zur Kenntnis nehmen noch wollte es republikanisch sein. Gewiß sollte man die Kurzsichtigkeit westlicher und zumal französischer Politiker in jenen Jahren nicht vertuschen oder entschuldigen. Aber auch bei verständnisvollerer Haltung der Siegermächte hätte die Weimarer Republik es schwer gehabt, sich gegen ihre inneren Widersacher zu behaupten.

Jetzt sollte sich übrigens das von Bismarck gewollte preußische Übergewicht im Reich verhängnisvoll auswirken. Dabei ergab sich ein merkwürdiges Paradoxon. In Preußen selber blieben die republikanischen Kräfte während der ganzen Dauer des Weimarer Staates an der Regierung maßgeblich beteiligt. In der Spitze des Reiches hingegen setzten sich um 1930 mehr und mehr jene „altpreußischen“ Kräfte durch, deren typischer Vertreter, der ostpreußische Gutsbesitzer *Elard von Oldenburg-Januschau*, schon 1912 das berüchtigte Wort gesprochen hatte: „Der König von Preußen und der deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: ‚Nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!‘“

Am 20. Juli 1932 wurde zwar nicht der Reichstag geschlossen, wohl aber die preußische Staatsregierung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten für abgesetzt

erklärt und Reichskanzler *von Papen* zum Staatskommissar ernannt. Das ganze geschah zwar nicht wörtlich mit dem Leutnant und zehn Mann, aber doch mit einem Minimum an militärischem Aufgebot. Herr von Januschau saß damals mit nunmehr 77 Jahren als deutschnationaler Abgeordneter im Reichstag und war mit dem Reichspräsidenten *von Hindenburg* eng befreundet.

Für einen Liebhaber historischer Kuriositäten und fast schon metaphysischer Zusammenhänge lassen sich an dieses Geschehen mannigfache Betrachtungen knüpfen. Der Deutsche Bund zerbrach 1866 formell daran, daß Österreich, dessen Kaiser des Bundes Präsidium innehatte, gegen Preußen die Bundesexekution beantragte. In jenem Feldzug erhielt der junge Sekondeleutnant Paul von Hindenburg die Feuertaufe. 1871 stand er als Vertreter seines Regiments im Spiegelsaal von Versailles und hörte, wie sein König zum deutschen Kaiser ausgerufen wurde. Über sechzig Jahre später unterzeichnete ebendieser Paul von Hindenburg die Notverordnung, welche die Reichsexekution gegen Preußen einleitete. An ihr zerbrach zuerst die Weimarer Republik und an den weiteren Folgen das Reich selber.

VI

Ehe es soweit kam, versuchte *Hitler*, Bismarcks Entscheidung von 1866 zu korrigieren und die großdeutsche Lösung zu erzwingen, die inzwischen schon zweimal versucht worden und zweimal gescheitert war: 1919 durch das Verbot des Anschlusses im österreichischen Friedensvertrag von Saint Germain und 1931 durch das Verbot der deutsch-österreichischen Zollunion. Auch Hitler vermochte gegen die Entscheidung von 1866 nichts auszurichten. Wohl wurde der von ihm erzwungene Anschluß vom März 1938 von vielen Österreichern zunächst als die Erfüllung eines alten Wunsches begrüßt; aber die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten, und die Katastrophe von 1945 löschte mit dem ganzen Reich auch die Korrektur eines nicht mehr korrigierbaren historischen Schicksals aus.

Als das Unglück geschehen und Bismarcks leichtfertig-kühnes Wort vom Reiter Deutschland zum zweitenmal und nun endgültig widerlegt worden war, schrieb *Friedrich Meinecke*, Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft und vier Jahre vor Königgrätz geboren, im dunklen Jahr 1945 in seinem die Bilanz ziehenden Alterswerk „Die deutsche Katastrophe“ folgende einsichtsvolle Sätze:

„Der erschütternde Verlauf des ersten und noch mehr des zweiten Weltkrieges läßt die Frage nicht mehr verstummen, ob nicht Keime des späteren Unheils in ihm (dem Reich) von vornherein wesenhaft steckten. Es ist die Frage, die ein mutiges und aufgeschlossenes Geschichtsdenken auch an jede große und als heilvoll geltende Erscheinung in der Geschichte, in der später eine Entartung eintritt, richten muß. Man atmet dann die Luft geschichtlicher Tragik, menschlicher und geschichtlicher Größe und Problematik, von der ein Bismarck und sein Werk immer unwittert bleiben wird... Es kommt auf das Jahr 1866 und die Blut-und-Eisen-Politik Bismarcks jetzt an.“

VII

Meinecke ist tot, aber seine Frage und Erkenntnis sind uns geblieben. Die Stellung Österreichs zu den übrigen Teilen Deutschlands ist als politische Frage nicht mehr aktuell. Die Entscheidung von Königgrätz ist endgültig in die Geschichte eingegangen. Die Akten darüber sind geschlossen. Aber noch nicht über die deutsche Frage im engeren Sinne.

Bismarck hatte sich für die kleindeutsche Lösung entschieden. Das Scheitern der Form, die er seiner Lösung gegeben hatte, zwingt uns dazu, uns mit einer — will man im Wortbild bleiben — kleinerdeutschen Lösung abzufinden. Das Scheitern Preußens

im Krieg von 1914/1918 und seine Zerstörung durch den Krieg von 1939/1945 haben auch das Werk vernichtet, das dieser neben Österreich bedeutendste deutsche Staat geschaffen hatte. Der Verlust der deutschen Ostgebiete, diese — freilich erheblich überkompensierte — Annullierung der polnischen Teilungen, ist ein Vorgang, den man mit den Maßstäben von Recht und Unrecht nicht in den Griff bekommt. Dieser Verlust und die Teilung des übrigen Reichsgebietes in zwei deutsche Staaten sind historische Entscheidungen, wie auch Königgrätz eine historische Entscheidung gewesen ist.

Es kommt nur darauf an, was wir aus solchen Entscheidungen machen, wie wir die damit verbundenen Erfahrungen in eine neue Politik ummünzen, die uns in eine bessere Zukunft führen kann. Der Zeitraum zwischen 1866 und 1945 ist ein in sich abgeschlossenes Kapitel deutscher Geschichte: das Kapitel, welches von dem Versuch berichtet, in Mitteleuropa einen deutschen Nationalstaat zu schaffen und in diesem Staat Großmachtpolitik zu treiben. Es berichtet von dem Versuch — und von seinem Scheitern. Als Schlußwort unter dieses Kapitel sollten wir ein Wort des englischen Staatsmannes aus dem 18. Jahrhundert *Henry St. John, Viscount Bolingbroke*, setzen: „Geschichte ist eine Philosophie, die uns durch Beispiele lehrt.“

Uns lehrt die Geschichte durch das Beispiel der achtzig Jahre zwischen Königgrätz und bedingungsloser Kapitulation, daß wir auf den Nationalstaat verzichten sollen. Nicht als Zukurzgekommene, sondern als Kluggewordene. Die Deutschen haben während ihrer ganzen bisherigen Geschichte in verschiedenen Staaten gelebt, und die Zeit nach Königgrätz war davon nur scheinbar eine Ausnahme. Es ist ihnen und Europa durchweg nicht schlecht bekommen. Es wird ihnen auch künftig nicht schlecht bekommen. Das ist die Lehre des Weges, den Deutschland in den letzten hundert Jahren gegangen ist. *Winston Churchill* hatte recht, als er während des Krieges vor Studenten der Harvard-Universität erklärte, die Reiche der Zukunft würden Reiche des Geistes sein. An uns liegt es, uns für die Zukunft zu entscheiden.